

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

8.5.1930 (No. 107)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karls-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Kensprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Ständestempel:  
Chefredakteur  
C. K. Mend,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM., einjährig 32,50 RM., einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vorbereitung, Nachdruck, Nachlieferung, Verteilung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben. Bestellungen der Zeitung kann nur bis 20. auf Monatschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Parteien und Reichsetat

#### Sunctim zwischen Etat, Ostprogramm und Arbeitslosenreform

M. Berlin, 8. Mai (Priv.-Tel.) Heute nachmittags 1/2 5 Uhr findet beim Reichkanzler Dr. Brüning auf dessen Einladung eine Besprechung der in der Regierung vertretenen Parteien statt, die sich auf den gesamten Etat bezieht. Teilnehmer sind: für das Zentrum die Abgeordneten Perlitius und Esser, für die Deutsche Volkspartei Scholz, für die Demokraten Meyer, für die Wirtschaftspartei Drewik, für die Volkserbenerativen von Lindeiner-Wilbau, für die Bayerische Volkspartei Leicht. Von der Regierung sind anwesend außer dem Reichkanzler die Minister Dietrich-Baden, Molkenhauer und der Sparkommissar Samisch.

In politischen Kreisen verlautet, daß die Reichsregierung für die Arbeitslosenversicherung und für das Ostprogramm ein sogenanntes Sunctim herzustellen beabsichtigt, um auf diesem Wege eine politische Basis zu bekommen, das heißt die Deutschnationalen zu zwingen, für die Regierung zu stimmen. Es handelt sich bei der Arbeitslosenversicherung um den bekannten Antrag Brüning-Meyer, der seinerzeit den Anlaß zur Sprengung der Großen Koalition gegeben hat.

#### Einigung über die Osthilfe

Das Reichskabinett setzte am Mittwochnachmittag die Erörterung über das Osthilfegesetz fort. Die Beratungen führten zu einer grundsätzlichen Einigung, auf Grund deren die endgültigen Gesetzentwürfe unter Führung des Reichsministeriums des Innern in den nächsten Tagen vorgelegt werden sollen. Das Reichskabinett wird alsdann am nächsten Mittwoch über die endgültige Gestaltung des Gesamtprogramms Beschluß fassen.

Die grundsätzliche Einigung besteht in folgendem: Dem Reichstag wird sobald wie möglich ein Rahmengesetz vorgelegt werden, das in 6 Gesetze unterteilt ist, die die einzelnen Fragen der Osthilfe behandeln.

Das Gesamtprogramm der Osthilfe erstreckt sich auf einen Zeitraum von 5 Jahren. Die Ausführung richtet sich natürlich nach den jeweiligen Etatsverhältnissen. Es ist deshalb nötig, daß in jedem Jahr ein besonderer Voranschlag gemacht wird und ähnlich wie beim Bau eines Panzerschiffes immer eine Rate in den Etat eingestellt wird. Das erste Stadium der Durchführung bildet das Sofortprogramm, über das dem Reichstag gleichzeitig mit dem Rahmengesetz ein Entwurf zugehen wird. Damit bleibt es also bei dem bereits angekündigten Sunctim zwischen Osthilfe und parlamentarischer Verabschiedung des Etats. Dazu schweben noch Erwägungen in der Richtung, die Erledigung dieser Dinge auch mit der Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung zu verbinden.

Daraus ergibt sich, daß in Regierungskreisen offenbar die Absicht besteht, auch die Arbeitslosenversicherungsreform sobald wie möglich in Angriff zu nehmen. Diese Verknüpfung würde also bedeuten, daß das Kabinett sich für beide Probleme eine Mehrheit sichert. Dazu kommt, daß die Frage der finanziellen Mittel für die Osthilfe natürlich stark davon beeinflusst wird, wie weit sich Einsparungen auf anderen Gebieten, also auch durch die vielbesprochene Arbeitslosenreform, herbeiführen lassen.

Interessant ist an der Kabinettsitzung schließlich noch, daß auch der Reichsbaupräsident an ihr teilgenommen hat. Der Grund dafür liegt natürlich in der finanziellen Seite des Problems. Aus der amtlichen Mitteilung geht noch hervor, daß das Reichsministerium des Innern nunmehr als federführend für die Osthilfe bestimmt worden ist.

### Schurman Ehrenvorsitzender der Karl-Schurz-Stiftung

M. New York, 8. Mai. (Tel.) Der frühere Volkschaffschurman hat den Ehrenvorsitz der Karl-Schurz-Stiftung übernommen. Dem Vorstande der Stiftung gehören eine Reihe Amerikaner deutscher Abstammung sowie auch der frühere Volkschaffschurman an. Für die Stiftung ist bisher eine halbe Million Dollars aufgebracht worden.

### Ein österreichisch-schweizerisches Wasserkraftwerk

M. Chur, 7. Mai. (Tel.) Bei der bündnerischen Regierung ist die Mitteilung über das Konzessionsgesuch für ein großes internationales Wasserkraftwerk am Inn eingegangen. Es handelt sich um eine Staueenanlage oberhalb Martinsbruck mit einem Inhalt von 750 000 Kubikmeter. Dazu ist ein Stauewehr von 170 Meter Länge zu erstellen. Ausgenützt würde die Kraft auf österreichischem Boden bei einem Gefälle von 400 Metern. Die Konzessionäre sind österreichischerseits Ingenieur A. Strider AG. und schweizerischerseits die Schweizerische Gesellschaft für elektrische Industrie in Basel. Der Stauewehr würde 19 Kilometer lang von Martinsbruck bis Schuls. Gleichzeitig mit dem Kraftwerk würde auch die Bahnlinie Schuls-Frunds erstellt werden.

Die Gewerkschaftsvertreter beim Reichswirtschaftsminister. Am Mittwoch empfing Reichswirtschaftsminister Dietrich die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, die ihm ihre Auffassung und ihre Wünsche zur allgemeinen Lage unserer Wirtschaft vorlegten. Im Mittelpunkt der Aussprache standen die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt.

### Letzte Nachrichten

#### Die Auflegung der ersten Younganleihe Die Pariser Vorverhandlungen

M. Paris, 8. Mai (Tel.) Das „Journal“ glaubt zu wissen, daß man im Laufe der gestrigen Vorverhandlungen zwischen Vertretern der V33, den Gläubigerstaaten und Deutschland über die Bedingungen der Auflegung der ersten Young-Anleihe zunächst einen Ausgabekurs von 94 Proz. ins Auge gefaßt zu haben scheint. Bekanntlich sollen die Obligationen 5 1/2 Proz. Zinsen tragen, von allen Steuern befreit sein und in 35 Jahren getilgt werden. Man nimmt an, daß die V33 ihre Tätigkeit bereits am 15. Mai aufnehmen wird.

M. Paris, 8. Mai (Tel.) „Petit Parisien“ kündigt an, daß die Reparationskommission am 31. Mai in bezug auf ihre Tätigkeit gegenüber Deutschland ihr Ende erreicht.

### Gröner über das Panzerschiff B

Erklärungen im Haushaltsausschuß Im Haushaltsausschuß des Reichstags gab bei der Beratung des Marineetat's Reichswehrminister Gröner im Einvernehmen mit dem Reichkanzler zur Frage des Panzerschiffes B eine Erklärung ab, in der es heißt:

Die Mitglieder des Reichstages wissen, daß ich durchaus kein kritikloser Flottenchwärmer bin, sie wissen aber auch, daß ich den Erfolg unserer endlich veralteten Schiffsmaterials für unbedingt notwendig erachte. Auf die Einlegung einer ersten Rate für das Panzerschiff B habe ich in Anbetracht der besonders angespannten Haushaltslage, also nur aus finanziellen Gründen, erst verzichtet, nachdem vom Reichskabinett einstimmig, also auch unter Zustimmung der vier sozialdemokratischen Minister, in einer besonderen Entschließung festgelegt wurde, daß mit dem Etat 1931 ein Schiffbauersparplan, der auch den Ersatz der Linienschiffe enthalten soll, vorgelegt würde. Bei dieser Einstellung war es eigentlich selbstverständlich, daß ich dem Antrag Spreußens im Reichsrat, der eine kleine erste Rate für das Panzerschiff B vorschlägt, ohne die Endsumme des Marineetat's zu erhöhen, sympathisch gegenüberstand.

Die Reichsregierung wollte allerdings in dieser Frage, wie in der entscheidenden Reichsratsitzung Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer namens der Reichsregierung ausdrücklich erklärte, keine Initiative ergreifen oder eine Beeinflussung ausüben. Sie hatte aber auch keinen Anlaß, nachdem der Reichsratsbeschluß für die Einlegung einer Rate vorlag, dem Reichstag eine Doppelvorlage zu machen, da ja eine Mehrtausgabe durch den Beschluß des Reichsrates nicht eintrat, und weil die Reichsregierung in Übereinstimmung mit dem vorigen Reichskabinett grundsätzlich der Meinung ist, daß im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten für die Erneuerung unserer Flotte gesorgt werden muß. Nur um den Zeitpunkt des Baubeginns handelt es sich also, und die Entscheidung hierüber bittet die Reichsregierung dieses hohe Haus selbst zu treffen. Ich nehme an, daß der Reichstag an seiner früher gefaßten Entschließung auf Vorlage eines langfristigen Planes für Ersatzbauten festhält. Die Reichsregierung wird überzets den Beschluß der früheren Reichsregierung in dieser Frage aufrechterhalten.

### Die deutsche Delegation für Genf

#### Das diplomatische Revirement

M. Berlin, 8. Mai. (Priv.-Tel.) Die deutsche Abordnung für die am Montag in Genf beginnende Ratstagung besteht aus dem Außenminister Dr. Curtius, dem Grafen Freytag, den Ministerialdirektoren Gauß und von Weizsäcker. Für die Reichspressestelle nimmt teil von Kauffmann-Aster und vom Ernährungsministerium Ministerialdirektor Fester.

Interessant ist in dieser Zusammenstellung, daß zum erstenmal der Staatssekretär des Außenministeriums fehlt. Daraus geht hervor, daß man augenblicklich in einer gewissen Verlegenheit ist. Herr von Schubert geht vor seinem Ausscheiden nicht mehr nach Genf und sein Nachfolger von Alow ist noch nicht ernannt. Darin zeigt sich, daß das diplomatische Revirement doch erheblichen Schwierigkeiten begegnet, die vor allem in der Person des Freiherrn von Neurath liegen, der auch gestern trotz sehr starken Zuredens des Reichspräsidenten keine Neigung zeigte, seinen römischen Posten mit London zu vertauschen.

### Journalistenfahrt nach den USA.

M. Bremen, 8. Mai (Tel.) Mit dem Dampfer „Wexin“ des Nordde. Lloyd schiffte sich heute eine Gruppe von 14 europäischen Journalisten nach New York ein. Sie folgen einer Einladung der Carnegie-Stiftung zu einem Besuch der Vereinigten Staaten, der sie, mit den Oststaaten anfangend, über die Südpazifischen und den mittleren Westen nach Kalifornien führen wird, worauf die Rückreise nach New York über die nördlichen Staaten erfolgt.

U. a. gehören der Gruppe an die Herren Dr. Ernst Feder (Verl. Tagebl.), Prof. Hermann (Hamburger Fremdenblatt), Dr. Baberast (Frank. Ztg.), Felix Salten (Neue Freie Presse), außerdem nimmt je ein Vertreter der Presse folgender Länder an der Studienfahrt teil: Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Holland, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Ungarn. Die Reise, die in den Vereinigten Staaten zwei Monate in Anspruch nimmt, soll den europäischen Journalisten Gelegenheit geben, das politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und geistige Leben Amerikas zu studieren.

### Zunahme der Bautätigkeit in den deutschen Groß- und Mittelstädten 1929

Der Wohnungsbau weist auch im vergangenen Jahr trotz des großen Kapitalmangels und des teureren Baugeldes eine durchaus erfreuliche Entwicklung auf, von der nur zu wünschen wäre, daß sie auch im laufenden Jahre anhielte. Wie einer Zusammenstellung in „Wirtschaft und Statistik“ (1930 Nr. 4 und 6) zu entnehmen ist, war in den 96 von der Statistik erfaßten Groß- und Mittelstädten der Reinzugang an Gebäuden für gewerbliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke mit 6218 um 7 v. H. größer als im Jahre 1928, der Reinzugang an Wohngebäuden mit 30 714 dagegen nur um 0,3 v. H. größer, während der Reinzugang an öffentlichen Gebäuden (383) um 21 v. H. abgenommen hat. Von dem Reinzugang in den 96 Berichtsstädten entfielen 82,3 v. H. gegen 83,0 v. H. im Vorjahre auf Wohngebäude, 16,7 v. H. gegen 15,7 v. H. auf Gebäude für gewerbliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke und 1,0 v. H. gegen 1,3 v. H. auf öffentliche Gebäude.

Während in den Großstädten sich die Bautätigkeit nach der Zahl der fertiggestellten Gebäude ungünstiger gestaltete als in den Mittelstädten, ergibt der Reinzugang an Wohnungen ein etwas anderes Bild. In den Großstädten betrug der Reinzugang 116 691 Wohnungen gegen 105 047 im Vorjahr, das sind 11 v. H. mehr, in den Mittelstädten dagegen 20 089 Wohnungen gegen 18 451, das sind nur 9 v. H. mehr. In den Groß- und Mittelstädten zusammen stellte sich der Reinzugang auf 136 780 Wohnungen und war damit um 13 282 Wohnungen oder 11 v. H. größer als 1928.

Um die Wohnungsnot trotz der verhältnismäßig geringen zur Verfügung stehenden Mittel nach Möglichkeit zu mildern, wurde in den letzten Jahren in steigendem Umfange der Bau von — verhältnismäßig billigen — größeren Wohnhäusern mit zahlreichen Wohnungen bevorzugt. Infolgedessen ist der Anteil der Kleinhäuser an der Gesamtzahl der errichteten Wohngebäude erheblich zurückgegangen; er betrug im Jahre 1929 nur noch 43 v. H. gegen 53 und 59 v. H. in den beiden Vorjahren. Im Gesamtdurchschnitt enthielten die im Berichtsjahr fertiggestellten Wohnhäuser in den Großstädten 4,5 Wohnungen gegen 4,0 im Jahre 1928, in den Mittelstädten 3,4 gegen 3,3 Wohnungen.

Die Durchschnittsgröße der errichteten Wohnungen hat dagegen etwas abgenommen; in den Großstädten weisen die Wohnungen durchschnittlich 3,9 Wohnräume (einschließlich Küche und gegebenenfalls Kammer) auf gegen 4,0 im Vorjahr, in den Mittelstädten 3,8 gegen 3,9 Wohnräume. Es kommen somit auf ein Wohnhaus in den Großstädten 17,6 (im Vorjahr 16,4) Wohnräume, in den Mittelstädten 13,3 (13,4) Wohnräume. Der Anteil der ganz kleinen Wohnungen (mit 1 bis 3 Wohnräumen) ist im Berichtsjahr recht erheblich gestiegen, während der Anteil aller übrigen Größenklassen abgenommen hat. Die Wohnungen mit 4 Wohnräumen (also Küche und 3 Zimmer oder Küche, 2 Zimmer und Kammer) stellen jedoch immer noch die am meisten gebaute Wohnungsgröße dar. An zweiter Stelle folgen die Wohnungen mit 3 Wohnräumen, auf welche in den Großstädten 35,0 v. H. (gegen 26,8 v. H. im Vorjahr), in den Mittelstädten 33,8 v. H. (32,0 v. H.) des gesamten Reinzugangs entfallen.

Mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln wurden 87,5 v. H. der im Berichtsjahr fertiggestellten Wohnungen gegen 86,1 v. H. im Vorjahr errichtet. Von öffentlichen Körperschaften und Behörden (deren Bautätigkeit jedoch zum Teil auch in der der gemeinnützigen Baugesellschaften enthalten ist) wurden in den Groß- und Mittelstädten 8,2 v. H. der Wohnungen erbaut gegen 9,5 v. H. im Vorjahr, von gemeinnützigen Baugesellschaften 51,4 v. H. gegen 47,7 v. H. und von sonstigen (privaten) Bauherren 40,4 v. H. gegen 42,8 v. H. Der Anteil der gemeinnützigen Baugesellschaften hat also — im Gegensatz zur Entwicklung von 1927 und 1928 — auf Kosten der übrigen Bauherren zugenommen. Im Durchschnitt hatten die gemeinnützigen Baugesellschaften die größeren Wohngebäude (4,6 Wohnungen je Wohnhaus) und die sonstigen (privaten) Bauherren die kleineren (3,9 Wohnungen) Häuser erbaut.

Nach einer Zusammenstellung des preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt wurden 1929 in sämtlichen Gemeinden Preußens etwa 198 500 Wohnungen in



Wohnhäusern (ohne Umbauten) gegen 185 500 im Vorjahr fertiggestellt, mithin 13 000 Wohnungen oder 7 v. H. mehr. Auf Grund der preussischen Angaben und des Ergebnisses der monatlichen Ermittlungen in sämtlichen Groß- und Mittelstädten — in den nichtpreussischen Gemeinden war die Zunahme verhältnismäßig etwas größer als in den preussischen — wird vom Statistischen Reichsamt der gesamte Reinzugang im Deutschen Reich im Jahre 1929 auf rund 330 000 Wohnungen, das sind 20 000 mehr als im Vorjahre, berechnet.

Den Städten gebührt für ihre Leistungen auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge um so größere Anerkennung, als ihnen der Kapitalmarkt für Auslandsanleihen fast das ganze Jahr hindurch geipert war und sie in der Hauptsache auf mittel- und kurzfristiges teures Inlands-geld angewiesen waren. Dr. Ehrler, Freiburg.

## Das Deutsche Museum in München

### Die Ehrungen Ostar von Millers

Der Reichspräsident hat dem Schöpfer und Leiter des Deutschen Museums, Ostar von Miller (München) zu seinem 75. Geburtstag den Adlerschild des Reiches verliehen. Die Stadt München ernannte ihn zum Ehrenbürger, ebenso wie die Stadt Innsbruck und drei tirolische Gemeinden.

Im Deutschen Museum fand am Mittwoch die 19. Sitzung des Ausschusses des Deutschen Museums statt, die im Zeichen des Nichtfestes des inzwischen im Rohbau fertiggestellten Studiengebäudes des Deutschen Museums sowie des 75. Geburtstages Ostar von Millers stand.

Ostar von Miller gab eingehende Darlegungen über Einzelheiten des Studienbaues des Deutschen Museums. Reichsminister Dr. Wirth überbrachte die herzlichsten Glückwünsche des Reichspräsidenten und der Reichsregierung. Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung verlas Generaldirektor Bögl den Text eines Guldigungsgrammes an den Reichspräsidenten. Zum Schluß überreichte Ministerpräsident Dr. Heß dem Jubilar einen prachtvoll ausgeführten Silberpokal. Das Schlusswort sprach Kultusminister Goldenberger, der als bahrischer Unterrichtsminister und zugleich in seiner Eigenschaft als Ehrenpräsident des Deutschen Museums all den Stellen und Personen dankte, die im abgelaufenen Jahr am weiteren Ausbau des Museums so erfolgreich mitwirkten.

Der Studienbau soll auch für die weitesten Volksschichten bestimmt sein, so ist beabsichtigt, eine Bücherchau anzulegen, in der auf 2000 Bände, ferner populär-wissenschaftliche Zeitschriften und schließlich die Kataloge der verschiedenen Industrieunternehmen offen zur Einsicht der Besucher aufzulegen sollen. Die Leserräume sollen Platz für 500 bis 600 Besucher bieten. Die Handbibliothek soll 12 000 Werke und 1200 Fachzeitschriften umfassen. Dazu sollen Zimmer für Forschungsarbeiten und auch ein Raum zum Verkauf von Büchern kommen. Schließlich soll der Bau zwei kleinere Vortragssäle für 100 bis 300 Personen und einen großen Saal erhalten, in dem 2000 Personen an Tischen Platz finden können. Der ganze Bau soll in zwei Jahren fertiggestellt sein.

### Noch immer Gärung im Staatsgefängnis von Columbus

W.B. New York, 8. Mai. (Tel.) Die Gärung unter den Gefangenen des Staatsgefängnisses Columbus in Ohio, die sich seit dem großen Brand in verschiedenen Zwischenfällen Luft gemacht hat, scheint sich noch immer nicht beruhigt zu haben. Gestern gingen plötzlich 50 Armeezellen, die als provisorische Unterkunft für einen Teil der Gefangenen dienen, in Flammen auf. Die Gefängnisleitung sah von allen Versuchsweisen ab, da sie, ihrer Ansicht nach, eine Massenflucht erleichtert hätten.

### Schlammernruption auf Neuseeland

W.B. London, 8. Mai (Tel.) „Daily Telegraph“ meldet aus Auckland (Neuseeland): Bei einer vulkanischen Eruption im Waimatatal auf der Nordinsel, 135 Kilometer nordöstlich von Napier, wurden schätzungsweise 1 Million Tonnen tosenden Schlammes in die Luft geschleudert. Eine Fläche von etwa 8 Quadratkilometern war 8 Meter hoch mit Schlamm-matten bedeckt, die herab flossen. Dem Ausbruch ging ein lautes Krachen und dumpfes Donnern voraus. Man glaubt, daß sich in dem Bezirk große Petroleummengen befinden, und daß die aus dem Petroleum entstandenen Gase die Eruption verursacht haben.

Die ungewöhnliche Hitze in New York dauert fort. Das Thermometer zeigt eine Temperatur von 31 Grad Celsius, Boston 33,9 und Philadelphia 34,6 Grad Celsius. Vier Fälle von Hitzschlag sind tödlich verlaufen.

## Das Lichtbild im Unterricht unserer Schulen

Über den weiteren Verlauf des amtlichen Ausbildungskurses der Bild- und Filmarbeitsgemeinschaft Oberhain in Karlsruhe wird uns geschrieben:

Im Anschluß an die theoretischen Arbeiten fanden praktische Übungen statt. Es wurden die einschlägigen elektrischen Schaltungen durchgenommen, deren Kenntnis zur Behebung von Betriebsstörungen im unterrichtlichen Bild- und Filmbetrieb dringend notwendig sind. Daran schloß sich die Besprechung der technischen Behandlung von Bild und Film an. Kurz, der verfügbaren Zeit entsprechend doch eingehend, wurden die Vorführung von Filmwerken unterworfen ist, bekanntgemacht und die grundsätzlichen Bestimmungen auf Grund von Erfahrungstafeln kommentiert. Der Nachmittag diente der Arbeit an und mit den Unterrichts- und Filmgeräten. Den Abschluß der Tagesarbeit bildete die Besichtigung der reichhaltigen Apparateausstellung der Firma Ullrich, Karlsruhe, die den Teilnehmern nicht nur einen Einblick in die vielen sich auf dem Markt befindlichen Lauf- und Stehbildapparate, sondern auch die Möglichkeit einer kritischen Betrachtung der zahlreichen Fabrikate geben sollte.

Die Arbeit des dritten Tages dehnte sich auf die Besprechung der verschiedenen Arten von Stehbild- und Kinoapparaten aus. Gleiches Bildmaterial wurde auf verschiedenen Bildwerkern gezeigt, wodurch Leuchtwert, Wirkung und Unterschied zwischen den einzelnen Apparaten deutlich erkannt werden konnte. Die Besichtigung der neuesten Apparaturen der Schauburg und des Union-Theaters in Karlsruhe erweiterten das Blickfeld der Teilnehmer auch auf die modernen Vorführungsmaschinen. Das Lichtspielgesetz vom 29. Mai 1920 wurde eingehend besprochen und der Einfluß auf die deutsche Kultur, die Jugend- und Volkserziehung dargelegt.

Der Nachmittag war praktischen Übungen und der Methode des Lichtbildunterrichts gewidmet. Hierbei sah man das Ergebnis der bisherigen Arbeit zusammen, woran sich in Anwesenheit des Referenten für das Lichtbildwesen im Ministerium des Kultus und Unterrichts, Regierungsrat Dr. Denz, eine fruchtbare Aussprache angeschlossen. Einleitend wurden einige besonders für Unterrichts-zwecke bearbeitete Filme (Ausbruch

## Aus den Ländern

### Der Fehlbetrag im preussischen Haushalt

Im preussischen Landtag wird zur Zeit die Frage erörtert, wie man den Fehlbetrag im neuen Haushalt für 1930 decken soll. Der Finanzminister drängt auf baldige Klärung.

Ursprünglich war im preussischen Haushalt ein Fehlbetrag von 88 Millionen Reichsmark in Ansatz gebracht worden. Als im Reichstag der Antrag Eppink (Soz.) angenommen wurde, der die Länder verpflichtet, die Rückflüsse aus den Hauszinssteuern für den Wohnungsbau zu verwenden, erhöhte sich Preussens Fehlbetrag um 12 Millionen Reichsmark. Der Fehlbetrag erhöhte sich um weitere 14 Millionen Reichsmark, mit denen der Grenzfonds ausgestattet werden soll. Schließlich kommen noch 8 Millionen Reichsmark Ausgaben hinzu, die der Landtag über die Etatsansätze hinaus beschlossen hat. Insgesamt erhöht sich das Defizit auf 17 Millionen Reichsmark, während man vom Reich bei der Gesamtverrechnung nur 7 Millionen Reichsmark erhält. Zu decken bleibt also ein Fehlbetrag von 10 Millionen Reichsmark.

Die Deckungsfrage bietet außerordentliche Schwierigkeiten, da man sich schwerer dazu entscheiden kann, die Realsteuern zu erhöhen. Der Gedanke, dem tatsächlichen Fehlbetrag von 10 Millionen Reichsmark durch eine Erhöhung der Hauszinssteuer abzumildern, ist fallen gelassen und der Vorschlag einer Verdoppelung der Grundvermögenssteuer erörtert worden. Infolge der Umlegung der Grundsteuer auf die Miete, würde dabei im allgemeinen mit einer Steigerung der Mietmiete um 4 Proz. zu rechnen und der Kreis derer, die diese neue Belastung zu tragen haben, möglichst weit gezogen sein.

Der Antrag auf Landtagsauflösung in Preußen abgelehnt. Der preussische Landtag hat am Mittwoch den Auflösungsantrag der Wirtschaftspartei abgelehnt. Der Antrag fand nur 98 Stimmen; eine große Mehrheit von 260 Stimmen, nicht nur der drei Regierungsparteien, Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum, sondern auch der Deutschnationalen war dagegen. — Der Landtag beschloß eine Entlastung des Schulrechts für höhere Schulen nach Einkommen und Kinderzahl. Er sprach sich ferner für die Erhaltung des humanistischen Gymnasiums aus, sowie für den Ausbau von Schülerheimen mit staatlichen Mitteln.

Die thüringischen Schulgebete. In der Mittwochssitzung des Haushaltsausschusses des thüringischen Landtages fragte, so berichtet der „Vorwärts“ aus Weimar, ein Vertreter der Sozialdemokratie den thüringischen Innenminister über die „art- und volksfremden Kräfte“ in dem angeordneten Schulgebete. Minister Dr. Fried antwortete darauf wörtlich: „Ich will ganz offen sein. Wir brauchen uns da nichts vorzumachen. Die Entfaltung des deutschen Volkes geht aus von rassenfremden Elementen, nämlich den Juden.“

### Prozeß Heileis-Lazarus

W.B. Berlin, 8. Mai (Tel.) Nach mehrmaliger Vertagung wurde heute vor der Zivilkammer 17 des Landgerichts 8 die Klage des Galtspader Heileis gegen den Berliner Universitätsprofessor Dr. Paul Lazarus zur Verhandlung gebracht. Bei dem starken Andrang von Publikum und Presse erweist sich der Verhandlungssaal als viel zu klein. Justizrat Bernstein behauptet für den Beklagten, daß das Heileis-Verfahren ein strafbares Verfahren ist, indem Heileis Heilversprechungen macht, von denen er weiß, daß er sie nicht einlösen könne. Er wende ferner Methoden an, von denen er ebenfalls wisse, daß sie unzulässig seien.

Minister a. D. Severing Ehrensdorfer, Reichsinnenminister a. D. Karl Severing ist in Anerkennung seiner großen Verdienste um die Förderung der deutschen Wissenschaft und Forschung von der Technischen Hochschule in Braunschweig zum Dr.-Ing. e. h. ernannt worden.

Der Fall „Falk“ vor dem Seemag. Die Seemannsverbandung in Hamburg in der Angelegenheit des Dampfers „Falk“ wird voraussichtlich am 20. Juni beginnen.

Italien ratifiziert die Young-Abkommen. Unter dem Datum des 5. Mai ist die italienische Ratifizierung des Saager Abkommens über den Youngplan erfolgt.

Mexikanisch-russischer Konflikt. Der sowjetrussische Geschäftsträger in Mexiko wurde wegen kommunistischer Umtriebe verhaftet.

Die Waldbrände im Gebiet des amerikanischen Staates New Jersey nehmen immer katastrophalere Formen an. Etwa 200 Wohnstätten sind neuerdings in Flammen aufgegangen. Bei den Arbeiten zur Eindämmung des Feuers sind mehrere hundert Personen verletzt worden. Die Lage wird wesentlich erschwert durch die ungeheure Hitze der letzten Tage, hatte man doch im Stadtgebiet von New York die Rekordtemperatur von 31 Grad Celsius zu verzeichnen.

des Aetna 1928, Leben der Kreuzgötter und Ringelnatter, Winden und Ranken der Gartenbohne) gezeigt und zur Besprechung hinsichtlich ihrer methodischen Zweckmäßigkeit gegeben. Fragen und Forderungen, die von der Arbeitsgemeinschaft an die Filmhersteller und -verleiher gestellt werden, beweisen, daß es sich hier nicht um ein Spielzeug oder Unterhaltung, sondern um Arbeit am Mind und Volk handelt. Dies erkannte auch Regierungsrat Dr. Denz in seiner kurzen Ansprache an und sicherte den Kursleitern die Unterstützung des Ministeriums zu.

Für den vierten Arbeitstag war Dr. Loffen (Heidelberg) gewonnen worden, der auf anschauliche, leicht verständliche Art die Grundbegriffe der Optik erläuterte und dann ausführlich auf die Mikroprojektion zu sprechen kam. Der fünfte Arbeitstag, gleichzeitig Schlußtag, gehörte der Aussprache über alle behandelten und einschlägigen Wissensgebiete. Aus dem Kreise der Teilnehmer wurden Anträge gestellt, die Kursleiter der Arbeitsgemeinschaft Oberhain anzugliedern, um auf diese Weise das Ziel der Arbeitsgemeinschaft, das in den Sitzungen und in einer Zeitschrift zur Errichtung einer Landesbildstelle in Baden niedergelegt ist, in alle Teile des Landes zu tragen. Die Hörer haben es ferner als einen Mangel empfunden, daß die am Oberhain bestehende Organisation nicht schon weitere Nachahmung gefunden habe. Es ist der einstimmige Wunsch der Teilnehmer, man möge die Bild- und Filmarbeitsgemeinschaft Oberhain soweit unterstützen, daß sie die jahrelangen, mit vielen ungeachteten, persönlichen Opfern verbundenen Erfahrungen andern Interessenten, Lehrern aller Schulstufen mitteilen kann. Dies Ziel wäre zu erreichen, indem die Arbeitsgemeinschaft mit der Abhaltung weiterer Fortbildungslehrgänge betraut und ihr durch geeignete Hilfe Gelegenheit zum weiteren Ausbau des gemeinsamen, für die Zukunft der Schulen notwendigen Wertes gegeben wird. Ludwig Schmieder.

Dürers Apokalypse für 440 000 Franken. Bei der Versteigerung einer privaten Wundersammlung in Paris hat ein deutscher Buchhändler für 440 000 Franken ein Exemplar der Apokalypse vom Jahre 1511 mit Holzschnitten von Albrecht Dürer ersteigert. Die Schätzung hatte nur auf 150 000 Franken gelautet.

## Die Höhenstraßen im nördlichen Schwarzwald

### Erste Autohöhenfahrt

Seit der ersten Anregung über den nördlichen Schwarzwald von Baden-Baden bis Pöppel eine Autohöhenstraße zu bauen und neben einer weiteren Verbindung mit der Landeshauptstadt über den Koberberg und das Harmersbadial in Kniebisshöhe auch einen Anstieg südwärts zu erreichen, liegen kaum fünf Jahre zurück. Inzwischen ist die Bedeutung einer derartigen Kraftpostlinie nicht nur von der Oberpostdirektion selbst, sondern als äußerst anpassungsfähiges Verkehrsmittel auch von allen an der Fremdenindustrie beteiligten Kreisen immer mehr erkannt worden. Freilich haben bis jetzt finanzielle Gründe eine entsprechend rasche Förderung des ganzen Unternehmens leider stark gebremst, desgleichen konnten auch noch nicht alle Widerstände der interessierten Waldgemeinden wegen Herabgabe des erforderlichen Geländes überwunden werden. Dennoch ist aber zu hoffen und zu wünschen, daß die Kreisversammlung, die sich demnächst (21. Mai) erneut mit dem Projekt zu befassen hat, wenigstens die geldlichen Mittel bewilligt, um vorläufig doch zwei der wichtigsten Teilstrecken, den Mannheimer Weg zwischen Hundes- und Untersmatt sowie das fehlende Stück von Seibelsiedle zum Wolfsbrunnen, fertigstellen zu können. Denn dann erst wird es möglich sein, zunächst einmal den vielen Höhenkurven des Gebietes die aus dem fortgeschreitenden Fremdenzuzug erwartete wirtschaftliche Belebung voll zu gewährleisten, dann werden aber auch die durch zahlreiche Ortshäuser fahrenden und wie z. B. die sehr schmale und kurvenreiche Murgtalstraße für Fahrzeuge und Insassen oft recht gefährlichen Anstöße die Entlastung erhalten, deren sie bei ihrem an sich schon heute übermäßig gesteigerten Fuhrwerksverkehr dringend bedürfen.

All dies gab der Oberpostdirektion Karlsruhe Anlaß, zusammen mit staatlichen und städtischen Behördenvertretern (u. a. nahmen am Dienstag neben dem Präsidenten der Oberpostdirektion, Kämmlin, und seinen Mitarbeitern, dem Oberpostrat Loeffler und Postrat Schlegel, Generalkonsul Menzinger, der Vorsitzende des Badischen Verkehrsverbandes, die Landräte von Bühl und Rastatt, Billmaier und Tritschler, der Kreisvorsitzende, Bürgermeister Schneider (Gaggenau), der Kurdirektor von Baden, Dr. von Scheven, an der Fahrt teil) auch die Presse von Karlsruhe und Baden-Baden zu einer Besichtigung der Höhenstraße einzuladen. Ausgeführt wurde die Fahrt in einem der neuesten, sehr vornehm und bequem ausgestatteten Kraftwagen, mit denen die Reichspost die Eröffnung von Fernverbindungen plant und zum Teil schon verwirklicht hat. So wird seit einigen Tagen die Linie Heidelberg-München befahren, Anfang Juni schließt sich ihr die Route Heidelberg-Luzern (mit Übernachtung in Triberg) an, für den Spätsommer denkt man an eine weitere Ausdehnung nach dem Saargebiet, nach Luzern und sogar hinein nach Frankreich. Manche dieser geplanten ganz großen Tourenfahrten sind natürlich in erster Linie für den ausländischen Fremdenverkehr berechnet, sie werden deshalb in Verbindung mit der Reichspost vom Mitteleuropäischen Reisebüro ausgeführt werden, das dafür Prospekte in englischer Sprache herausgegeben hat und anscheinend mit gutem Recht, wie die zahlreichen Anmeldungen aus den Vereinigten Staaten beweisen, eine Rentabilität vor allem von einer Bevorzugung durch amerikanische Reisegesellschaften erwartet. Es sind immerhin 20 bis 25 Personen, die infolge einer sehr klugen, klarselbigen Anordnung der Sitzplätze (einer Art kleiner Klubsessel) vollkommen ungehindert voneinander die Aussicht genießen können. Die Wagen sind außerdem mit eigenem Gepäckraum und auch W.C. versehen, man denkt später sogar daran, in ihnen Speisen und Getränke (in bescheidenem Umfang natürlich) verabreichen zu können. Es ist also ein Komfort vorhanden, der durchaus dem auffallen glatten und äußerst ruhigen Fahren selbst auf weniger guten Zufahrtsstraßen (im Acher- und Rendthal) und bei noch so bedeutenden Steigungen entspricht.

Die Probefahrt ging von Karlsruhe durch das Murgtal (mit einem kurzen Aufenthalt in Gaggenau zur Besichtigung des gerade renovierten, sehr schönen Postamts) über Schloß Eberstein nach Baden-Baden, von da über die schon längst in Betrieb genommenen Autolinen Neumeyer-Ostental-Bühl nach Achern und Ottenhöfen. In Ottenhöfen gab's eine kurze Rast im Wasserfall-Hotel, das bekanntlich zu einem Kauterholungsheim der unteren Beamten recht zweckmäßig ausgebaut wurde. Weiter ging es hinunter nach Pöppel und über Peterstal, Griesbach, am Erzberger-Marterl vorbei, hinauf zum Kniebisgipfel bei der Alexanderhänge und der Zuzucht. Dann wieder nach Pöppel, und weil das Wetter sich verschlechtert hatte, nicht — wie ursprünglich vorgesehen — zur Hornisgrünbe-Mummelsee, sondern über Rösbad-Ilm direkt zurück nach Achern und Bühl und abermals hinauf zur eigentlichen Höhenstraße, um noch dem Sanatorium und Hotel „Bühlerhöhe“ einen halbstündigen Besuch abzustatten. Abends trafen sich alle Teilnehmer im „Tannenhof“, dem früheren „Schirnhof“ Baden-Badens, der ebenfalls in postalischen Besitz übergegangen ist und heute den mittleren und oberen Beamten als Erholungsstätte dient.

Das vollkommen sichere Befahren der umfangreichen Strecke hat jedenfalls gezeigt, daß die Reichspost, gegenwärtig mit ihren nahezu 10 000 Kraftfahrzeugen das größte Kraftunternehmen Deutschlands überhaupt, sehr wohl in der Lage wäre, einen regelmäßigen Kraftpostkurs auch durch den nördlichen Schwarzwald durchzuführen, sobald nur die neue Autohöhenstraße als wirkliche Hauptverkehrsader ausgebaut ist, die ohne die zurzeit noch bestehenden Unzulänglichkeiten eine an Natur-schönheiten und landschaftlichen Reizen ebenso reiche wie verkehrstechnisch nachgerade notwendige günstige Verbindung nach Freiburg und Pöppel, nach dem Feldberggebiet und der Bodeniseegegend darstellt. Ch. S.

Im mittleren Fulda tal ging ein schweres Unwetter mit Hagelschlag nieder. An Saaten und Obstbäumen wurde großer Schaden angerichtet.

In Berlin richtete Mittwoch nachmittags ein Vulkanebruch großen Schaden an. Die Keller in den niedrig gelegenen Straßen wurden überschwemmt. Die Feuerwehr hatte eine Riesensarbeit zu bewältigen.

Willy Starek soll aus der Untersuchungshaft entlassen werden, wenn er eine Kaution von 50 000 RM leistet, was ihm aber noch nicht gelang. Max Starek ist schon früher entlassen worden. Nur noch gegen Leo Starek wird die Untersuchungshaft aufrechterhalten.

Durch eine Luftpostverbindung Berlin-Wien-Budapest-Konstantinopel wird die Postbeförderung um etwa 1 1/2 Tage beschleunigt. Die Flugzeuge verkehren täglich außer Sonntags.

Dienstag abend um 9 Uhr 45 wurde in der gesamten italienischen Provinz Kalabrien ein starkes Erdbeben verspürt, das zum Glück nur wenige Sekunden Dauer hatte. Schäden sind bisher noch nicht gemeldet.

Der Süden des Staates Texas ist gestern von einem schweren Wirbelsturm heimgesucht worden. Viele Orte sind verwüstet. Die Zahl der Opfer wird auf über 80 angenommen.



# Badischer Teil

## Was ist nun richtig?

Von der Presseabteilung der badischen Regierung wird uns geschrieben:

Am 26. April 1930 erklärte nach einem Bericht des „Führer“ vom 3. Mai 1930 der wegen Beleidigung des Herrn Ministers Dr. Kemmele zu 4 Wochen Gefängnis verurteilte Polizeioberleutnant a. D. Pfäumer vor dem Schöffengericht in Mannheim:

„Als Nationalist zog ich in den Krieg. Von der nationalsozialistischen Bewegung fühlte ich mich seit ihrem Bestehen angezogen. Ich machte während meiner Polizeidienstzeit nie einen Gehl aus meiner Gesinnung. Meine Vorgesetzten und Untergebenen und auch Minister Kemmele kannten meine Einstellung.“ (Zitiert „Führer“ fett gedruckt. S. 11.)

Am 28. März 1928 machte Pfäumer vor dem Polizeidirektor in Heidelberg folgende nachträglich durch Unterzeichnung bestätigte Angaben: „Ich bin Mitglied der Reichspartei des Mittelstandes für Volkrecht und Aufwertung. Einer anderen Partei gehöre ich nicht an. Ich betätige mich in politischer Hinsicht in keiner Weise. Seit Jahren nehme ich großes Interesse an politischen Dingen und besuche deshalb auch zu meiner Orientierung die Versammlungen aller Parteien. So habe ich auch schon kommunistische Versammlungen besucht. . . Da die Nationalsozialistische Partei in den letzten Jahren mehr Versammlungen als die übrigen Parteien abgehalten hat, ist es jedenfalls besonders aufgefallen, daß ich diese Versammlungen besuchte. Ich betone nochmals, daß ich die (nationalsozialistische) Versammlungen lediglich zu informativischen Zwecken besuchte.“

Der Widerspruch, der in den beiden Aussagen liegt, tritt offen in die Erscheinung. Auf eine Erklärung des Herrn Pfäumer, welche von den beiden Angaben der Wahrheit entspricht, wird man wohl vergeblich warten.

## Förderung des Wohnungsbaues

Der Haushaltsausschuß des Bad. Landtags beriet in der Vormittagsitzung am Mittwoch den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Förderung des Wohnungsbaues, der im Staatshaushalt 1930/31 die Aufnahme einer Staatsanleihe für den Wohnungsbau in Höhe von 14 Millionen vorsieht. Mit Rücksicht darauf, daß nach dem Finanzgesetz die Einkünfte aus der Gebäudesondersteuer stärker als bisher für den allgemeinen Finanzbedarf verwendet werden sollen, sieht der Gesetzentwurf die Erhöhung der Wohnungsbauanleihe auf 18 Millionen vor.

Der Entwurf ermächtigt den Innenminister, Wohnungsverbände, Gemeinden und Personen, die für hypothekarisch gesicherte Baudarlehen Bürgschaften übernehmen, den teilweisen Ersatz der ihnen hierbei entstehenden Verluste zuzugewähren und ferner, eine derartige Bürgschaft auch selbst zu übernehmen. Nach der Begründung war in den Jahren 1924 bis 1929 ein Neuzugang von 57 067 Wohnungen zu verzeichnen. Aus Mitteln der Gebäudesondersteuer sind in dieser Zeit vom Land an die Wohnungsverbände und verbandsfreie Städte 47 286 000 M. gegeben worden. Aus Anleihemitteln wurden 16 021 000 M. gewährt. Außerdem wurden für 5 Millionen Reichsmark Zinsverbilligungen für die aufgenommenen Wohnungsbauanleihen gewährt. Die Wohnungsverbände und verbandsfreie Städte haben von 1924 bis 1928 aus staatlichen und eigenen Mitteln 115 Wohnungen mit Gesamtbaukosten von 190 922 M. gefördert. Der Durchschnitt der einzelnen Baudarlehen für eine Wohnung betrug 4232 M. Bauindex und Bauzinsen sind stetig gewachsen. Der Fehlbedarf, namentlich an Kleinwohnungen, ist immer noch groß. Bisher wurde ein jährlicher Wohnungsbedarf von 6000 bis 7000 Wohnungen angenommen, was aber nach dem Zuwachs der Haushaltungen nicht mehr ausreichen wird. In den Städten über 10 000 Einwohner betrug am 1. Januar 1929 die Zahl der Wohnungsuchenden 10 819. Ende 1928 wurde der Fehlbedarf an Wohnungen überhaupt mit 15 000 bis 16 000 angenommen.

Die Erläuterungen zum Gesetz erkennen die Notwendigkeit der Verbesserung der Bautätigkeit auch im Interesse des Bauhandwerkers an, zumal am 31. Januar d. J. rund 19 000 Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter erwerbslos waren.

Den Bericht über den Entwurf erstattete Abg. Seibt (Soz.). Im Anschluß daran ergab sich eine eingehende Aussprache über die Hemmnisse, welche die Bautätigkeit und die gesamte Wirtschaft durch die ungerechtfertigte Höhe der Kapitalzinsen trotz Senkung des Reichsbankdiskonts erfährt. Nach einem Antrag der Regierungsparteien wird der Innenminister ermächtigt, zur Erleichterung der Aufnahme von Wohnungsbauanleihen im Höchstbetrage von 5 Mill. eine Zinsverbilligung von höchstens 5 Proz. auf längstens 10 Jahre zu übernehmen.

Der Ausschuß ist der Ansicht, daß der Entwurf geeignet sei, der Bautätigkeit neuen Antrieb zu geben, und erludte die Regierung im Interesse der Wohnungsuchenden wie der Wirtschaft um rasches Handeln. Dies wird von der Regierung zugesagt, die mitteilt, daß bereits nahezu 6 Mill. Reichsmark zur sofortigen Weitergabe verfügbar seien. In der weiteren Aussprache wurden Fragen der Wohnungskultur, der Baukosten und der Miethöhe eingehend behandelt.

Schließlich wurde der Entwurf über die Förderung des Wohnungsbaues, einschl. der Abänderungsanträge der Regierungsparteien mit allen Stimmen gegen zwei Enthaltungen (Nat. Soz. u. Wpt.) angenommen. Ein Antrag, eine Nachweisung der hypothekarischen Verschuldung des Hausbesitzes vorzulegen, wurde vorläufig zurückgestellt, nachdem die Regierung erklärt hatte, daß die Zusammenstellung aus den einzelnen Grundbüchern schwierig sei und höhere Kosten verursache.

In der Nachmittagsitzung befaßte sich der Haushaltsausschuß mit der Prüfung von Rechnungsergebnissen und Verwendungsnachweisen, worüber der Abg. Seibert (Zentr.) Bericht erstattete. Die Nachweisungen wurden nach Aufklärung und Begründung einiger Überschreitungen durch die Vertreter der zuständigen Regierungsstellen vom Ausschuß genehmigt.

Von Seiten eines Zentrumsvertreters wurde bei dieser Gelegenheit der Wunsch geäußert, daß durch die Genossenschaften und Organisationen, welche aus Reichs- und Staatsmitteln Wirtschaftsbeteiligungen erhalten, Rechnungsablegung zu erfolgen hat, welche durch den Rechnungshof nachgeprüft wird. Die Regierung hat unter dem 11. Februar 1930 dem Landtag eine Denkschrift über Reichsfinanzstatistik vorgelegt, um der eingeleiteten Sparkommission Fingerzeige für ihre Tätigkeit zu geben, Fehlerquellen aufzuzeigen und die Unterlagen für das veranschlagte Finanzgesetz zu liefern.

Der Ausschuß beschloß, von der Behandlung der Denkschrift vorerst abzusehen, bis das Ergebnis der Tätigkeit der badischen Sparkommission vorliegt.

## Aus der badischen Industrie

**Protestversammlung der Textilarbeiter des Albts.** Die Textilarbeiter des Albts. veranstaltete Mittwoch abend nach Geschäftsschluss beim „Baldhorn“ in Dufensbach unter freiem Himmel eine Protestversammlung. Die über tausendköpfige Anzahl von Textilarbeitern erhob scharfen Protest gegen das Vorgehen der Textilfirmen im Albtl im derzeitigen Lohnkampf. Insbesondere wurde auch das ungeschickliche Vorgehen der Firmen gegenüber den Wohnungsinhabern der „Fabrikwohnungen“ scharf geäußert. Nach einstündiger Versammlung löste sich diese ruhig und ohne Zwischenfall auf.

**Der Textilarbeiterstreik im Maulburger Gebiet.** Wie die „Textilarbeiterzeitung“ mitteilt, geht der Streik in der Maulburger Textilindustrie unbeeinträchtigt weiter. Die Streikenden erhalten dauernd Zuwachs durch Entlassungen. Es feiern bisher etwa zwei Drittel der gesamten Maulburger Belegschaft. Der Streik hat auch auf die Spinnerei und Weberei Steinen übergegriffen, so daß das gesamte Vorwerk der zusammengehörigen Betriebe in Maulburg zum Stillstand gekommen ist, wodurch Entlassungen aus Arbeitsmangel in Steinen vorgenommen werden müssen.

## Tagungen

**Badische Elektrotagung.** Der dem Reichsverband des deutschen Elektroinstallateurgewerbes angeschlossene Landesverband Württemberg und Baden e. V. hält vom 17. bis 19. Mai seine 5. Jahreshauptversammlung in Mannheim ab.

**Die Jahresversammlung der Vereinigung badischer Geflügelzüchter** fand am Sonntag in Freiburg statt. Bei Erstattung des Geschäftsberichts wurde hervorgehoben, daß eine badische präparierte Eierabgabegenossenschaft im Werden begriffen sei, der auch die Bad. Landwirtschaftskammer ihre Unterstützung zugesagt hat. Geschäftsführer Dr. v. d. Linden (Karlsruhe) beleuchtete in einem Vortrag die genossenschaftliche Eierverwertung.

## Aus der Landeshauptstadt

**Welttreffen der Badener.** Als Zwischenausgabe des Programms und Auskunftsbuches für den „Badener Heimattag Karlsruhe 1930“ (11. bis 14. Juli) veröffentlicht der Karlsruher Verkehrsverein seinen 10seitigen Prospekt, in dem das ausführliche Programm der Festtage in Karlsruhe, die Befuchstage der badischen Städte und Angaben über Ausflüge in den Schwarzwald, in die Pfalz und ins Saarland ausgiebig enthalten sind. Ein bekanntes Schwarzwälder Trachtenmotiv schmückt die Titelseite des Prospektes, der in einer starken Auflage erschienen ist, im In- und Auslande zur Verbreitung gelangt und auch kostenlos bezogen werden kann durch die Geschäftsstelle des „Badener Heimattages“, Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 10.

**Die Reichspost als Auftraggeber.** Seit dem Erlaß des Reichspostfinanzgesetzes im Jahre 1924 erhöhte sich das im Bereiche der Oberpostdirektion Karlsruhe, insbesondere in Bauten, Grundstücken, Telegraphen- und Fernsprechanlagen investierter Sachvermögen, um beinahe 28 Millionen Reichsmark, die zum großen Teil der badischen Wirtschaft zugeflossen sind. Daraus läßt sich die große Bedeutung der Post als Auftraggeber und Großabnehmer für die Wirtschaft deutlich erkennen.

**Glück und Gewinn durch die Lotterie „Große Kindheit“** Leider ist der Allgemeinheit noch nicht genügend bekannt, daß recht bald, und zwar schon am 19. Mai 1930 die Verkaufszeit für die 50-Mark-Lose der „Großen Kindheit“ endet und damit der langsehnte Ziehungstag herangekommen ist. Nach gilt es aber viele Lose zu verkaufen, weshalb auch hierdurch herzlich um Mithilfe gebeten wird. Die 50-Mark-Lose der „Großen Kindheit“ wollen ja nicht nur gute Gewinne bringen, sondern auch frohe Kinderherzen schaffen. Wer wollte da nicht mit dabei sein. Wer es daher mit den Kindern gut meint, wird herzlich gebeten, sich recht bald einige „Große Kindheit“-Lose zu beschaffen, die in allen bekannten Geschäften zu kaufen sind.

**Der Anzug des Fußballspiels auf der Straße.** Der Polizeibericht meldet: Fast täglich muß die Polizei gegen Buben und Burken einschreiten, die die Straße als Fußballplatz benutzen, und dadurch nicht nur sich selber, sondern auch das Publikum in Gefahr bringen. So mußten gestern wieder vier junge Leute im Alter von 17 bis 20 Jahren wegen verbotenen Fußballspiels auf der Straße angeklagt werden.

**Badisches Landestheater.** Marcel Pagnol, der Verfasser der von Bruno Frank ins Deutsche übertragenen Komödie „Marius“, die am Samstag, dem 10. Mai, zur hiesigen Erstaufführung kommt, ist unsern Theaterpublikum im vorigen Jahr durch das Ballenberg-Gastspiel mit seiner Komödie „Das große WC“ bekannt geworden. Diesmal bietet er ein Volksstück, das zwar nichts mit der sozialen Satire des früheren Werkes zu tun hat, aber auf anderem Felde sein lebenswürdiges Talent zeigt. — Die Titelfolle des Marceller Schantwirtsjohnes „Marius“ spielt Alfons Melele.

**Das Kunsthause G. Büche,** Inh. B. Vertsch, hier, Kaiserstr. 132, Gartenaal, zeigt in seiner Malausstellung einige schöne Werke von Blum (Freiburg), Geiger (Weishaupt (München)), sowie interessante Arbeiten von Hüfner, Kullrich, Walter, Weidemann (Karlsruhe). Auch von dem verstorbenen Kunstmaler Hoffjäh sind mehrere Gemälde und Aquarelle zu sehen. Der Besuch der Ausstellung bei freiem Eintritt ist für jedermann zu empfehlen.

## Plandruck

G. m. b. H.

KARLSRUHE i. B., Georg-Friedrich-Straße 3, Telefon 6249

Zinkbelichtungen für Flach- und Offsetdruck. Plandrucke in ein- und mehrfarbiger Ausführung. Maßstäbliche Vergrößerungen und Verkleinerungen von Karten und Plänen aller Art. Anfertigen von techn. Werken.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe.** Das Tiefdrucksystem über Mittel- und Südeuropa hat sich etwas vertieft und durch Einbruch polarer Luft in das westliche Mittelmeerbecken, besonders im Süden, an Energie gewonnen. Wir haben durch die anhaltende Zufuhr kalter Luft seit vorgestern verbreitete Regenfälle und erheblichen Temperaturrückgang, am stärksten in höheren Lagen. Die jetzt über Europa herrschende Druckverteilung gleicht der der diesjährigen Karwoche und wird sich auch diesmal durch ihre Beständigkeit auszeichnen. Wetterausblick: Fortdauer der kühlen und trübten Witterung mit langanhaltenden Regenfällen, nördliche Luftzufuhr, Hochschwarzwald wieder Schneefälle.

## Schädlingsbekämpfung

Das badische Weinbauinstitut gibt folgendes bekannt: Am 2./3. Mai fiel in weiten Gebieten der Ortenau, des Breisgaues, Kaiserstuhls und der Markgraffschaft ein harter Gewitterregen, der Anlaß zu den ersten Peronosporainfektionen gegeben haben dürfte. Es wird deshalb, wenn kein Kälterückschlag eintritt, in der Zeit vom 17. bis 20. Mai mit einem ersten, wenn auch nur schwachen Peronosporausbruch zu rechnen sein. Da auch die Wotten des Traubenwicklers seit anfang Mai fliegen (bisher nur schwach) wird man die erste Bespritzung mit Kupfer und gleichzeitig Arsen enthaltenden Brühen vornehmen, also mit einer 1prozentigen Kupferfalfbrühe unter Zusatz von 150 Gramm eines Schweinfurtergrünpräparates oder eines neutralen Kaliumsalzes oder mit 1prozentiger Kupfer- oder Jungsulfatbrühe. Dabei müssen Blattunterseiten und Gescheine gut getroffen werden. Vorerorts tritt die Kränklichkeit der Reben verheerend auf. Zur Abwehr sind vor allem die Unterseiten sofort mit 1prozentiger Solbaerbrühe zu bespritzen, sonst kann der Schaden bedeutend werden. Die Spritzung ist nach 14 Tagen zu wiederholen.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	6. Mai	7. Mai
Amsterdam 100 G.	168.46	168.80
Kopenhagen 100 Kr.	111.98	112.20
Italien . . . 100 L.	21.95	21.99
London . . . 1 Pf.	20.341	20.381
New York . . . 1 D.	4.186	4.194
Paris . . . 100 Fr.	16.415	16.455
Schweiz . . . 100 Fr.	81.085	81.245
Wien 100 Schilling	59.025	59.145
Prag . . . 100 Kr.	12.405	12.425

**Tonwarenindustrie Wiesloch AG., Wiesloch.** Der Aufsichtsrat beschloß, bei der Generalversammlung zu beantragen, das Stammkapital im Verhältnis 2:1 zusammenzuliegen. Diese Maßnahme empfiehlt sich im Interesse erforderlicher Rationalisierung und um angesichts der wenig günstigen Ausichten auf dem Baumarkt das Unternehmen wettbewerbsfähig zu erhalten. Eine Gewinnverteilung für das Geschäftsjahr 1929 ist nicht möglich.

**Gesellschaft für Spinnerei und Weberei Ettlingen.** Die Gesellschaft bleibt auch für das Geschäftsjahr 1929 ohne Dividende. Die Generalversammlung findet am 31. Mai statt. Es hat sich infolge der ungunstigen Lage in der Textilindustrie ein Betriebsverlust ergeben, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Im Vorjahr ergab sich einschließlich 21 284 M. Gewinnvortrag ein Reingewinn von 259 400 M., der zum Vortrag auf neue Rechnung gelangte.

**Redar-AG. in Stuttgart.** Die Gesellschaft hat eine 6proz. Hypothekendarleihe in Höhe von 7 Mill. holl. Gulden mit Laufzeit bis zum 1. April 1930 abgeschlossen. Von dieser Anleihe sind bereits 3 Mill. holl. Gulden im Ausland untergebracht. Die restlichen 4 Mill. holl. Gulden liegen zum Kurse von 90 1/2 Proz. zur Zeichnung auf. In dem Prospekt wird darauf hingewiesen, daß für die Zeit bis zum 30. April 1935 das RWG und die Hessische Eisenbahn AG. die selbstschuldnerische Solidarbürgschaft für den Anleihenbedient übernehmen. Für die Anleihe wird eine Feingoldhypothek von 13 Mill. Goldmark auf sämtliche Terrains und Installationen der Kraftwerke Redargemünd, Redarsteinad, Girschhorn und Rodenau eingetragen. Die RWG. und die Geag haben sich auf 99 Jahre zur Stromabnahme aus den neuen Kraftwerken verpflichtet. Der Preis muß laut Kontrakt alle Ausgaben für Stationen und Leitungen decken, so daß die Gesellschaft in dieser Hinsicht von jedem Risiko befreit ist. Die vorliegende Anleihe dient der Fertigstellung der Werke Redargemünd und Redarsteinad (vorausichtlich noch im Jahre 1930) und dem Bau der Kraftstationen der Stufen Girschhorn und Rodenau, die für 1931 in Angriff genommen werden sollen.

**9,63 Milliarden Spareinlagen.** Nach Feststellungen des Statistischen Reichsamts wurden bei den Sparkassen des Deutschen Reiches im März 588,9 Mill. Reichsmark eingezahlt, davon sind 2,5 Mill. Reichsmark Aufwertung und 25,7 Mill. Reichsmark Zinszuschlag. Zur Auszahlung kamen 499,6 Mill. Reichsmark, so daß der Einlagenstand am Ende des Berichtsmontats sich auf 9637,2 Mill. Reichsmark gegenüber 9547,8 Mill. Reichsmark am Ende des Vormontats, 9015,6 Mill. Reichsmark Ende Dezember und 7827,9 Mill. Reichsmark Ende März 1929 stellt. Im Giroverkehr hat sich der Einlagenbestand auf 1407,6 (1387,4) Mill. Reichsmark verbessert.

**Der Abschluß der J. G. Farben.** Wenn auch die J. G. Farbenindustrie von dem Konjunkturrückgang in der Weltwirtschaft nicht unberührt geblieben ist, so läßt der nunmehr für 1929 vorliegende Bericht doch erkennen, daß auf fast allen Arbeitsgebieten des Unternehmens befriedigende Umsätze erzielt wurden, so daß der Gesamtumsatz des Vorjahres wieder erreicht werden konnte. Auch die Entwicklung im laufenden Jahr wird als befriedigend bezeichnet. Auf dem Farbensgebiet ist es dank der Rationalisierungsmaßnahmen gelungen, ebenso günstige Ergebnisse wie im Vorjahre zu erzielen, ebenso befriedigend war aber vor allem die Entwicklung auf dem Gebiete der Pharmazutika, so daß hier die fabrikatorischen Anlagen erweitert werden mußten. Auf dem photographischen Gebiet gestaltete sich das Geschäft gleich günstig wie im Vorjahre. Ein Sorgenkind war auch bei der J. G. die Kunstseidenproduktion, die nach wie vor sehr unbefriedigend liegt. Eine Verständigung konnte nicht nur international, sondern vor allem auch in Deutschland selbst bisher nicht erzielt werden. Der Inlandsabsatz an Düngestoffen erfuhr eine mächtige Steigerung, während das Auslandsgeschäft etwas hinter dem des Vorjahres zurückblieb. Die Belegschaft konnte sehr erheblich, auf rund 132 000 gegen rund 135 000 Köpfe (Abschluß des Ausbauprogramms, Rationalisierungsmaßnahmen), vermindert werden. Das **Robetrgebnis** für 1929 beträgt 261 943 895 M. (261 566 016); laut Bericht sind von dieser Summe diesmal bereits die Generalumkosten abgesetzt, während im Vorjahr für diesen Posten noch 51 904 541 M. abzuziehen waren. In der Bilanz stehen (in 1000 M.) u. a.: Anlagewerte 501 007 (451 915), Beteiligungen und Wertpapiere 288 631 (306 262), Vorräte 357 995 (342 126), Forderungen 485 897 (500 474), Langguthaben 136 834 (227 774) gegen Stammkapital 799 348 (799 298), Reserve 200 000 (188 291), Wohlfahrtsfonds 53 000 (46 400), Teilschuldverschreibungen vom Jahre 1928 mit Umtauschrecht in Stammaktien 249 707 (250 000), Verbindlichkeiten 327 814 (412 573).

**Das Vergleichsverfahren der Berliner Beamtenbank.** In dem Vergleichsverfahren der in Liquidation befindlichen Bank für deutsche Beamte, durch deren Zusammenbruch zahlreiche Gläubiger und Genossen schwer geschädigt worden sind, sollen, wie eine Korrespondenz meldet, ab 20. Mai d. J. die ersten Auszahlungen an die Inhaber von Forderungen erfolgen. Es sollen für Forderungen unter 100 M. als erste Rate 30 Proz. für Forderungen über 100 M. 10 Proz. ausgeschüttet werden.



### Gemeinderundschau

#### Stabsberatung in Mannheim

Im Bürgerausschuß Mannheim hielt am Mittwoch Oberbürgermeister Dr. Heimerich die Stabsrede, in der er die Notwendigkeit der Beibehaltung der bisherigen vorsichtigen Finanzpolitik besonders betonte. Es könne nicht gelehrt werden, daß das städtische „Kasinhotel“ zu einem Sorgenkind der Stadt geworden sei. Von schwerwiegender Bedeutung für den städtischen Haushalt sei das ungeheure Ansteigen der Zahl der Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen. Wenn man den 1. Mai als Stichtag annehme, so müßte der Zuschuß für die Wohlfahrtsfürsorge um 1,3 Millionen Reichsmark höher angesetzt werden, als der Voranschlag vorsehe. Zur Reichsreform erklärte der Oberbürgermeister, daß sich Mannheim aus wirtschaftlichen Gründen jeder Grenzreform widersetzen müßte, die das geographisch und volkswirtschaftlich zusammengehörige Pfälzer Gebiet nicht wieder vereinige. Er gab bekannt, daß nicht weniger als 182 Anträge zum Haushaltsvoranschlag eingegangen sind, davon der größte Teil erst in letzter Stunde. Um dem Stadtverordnetenrat Gelegenheit zu geben, zu diesen Anträgen Stellung zu nehmen, wurde die Stabsberatung bis auf weiteres vertagt.

**Bautätigkeit in Karlsruhe.** In den Monaten Januar bis März d. J. wurden in Karlsruhe 236 (1929: 208) Baugenehmigungen erteilt, darunter für 49 (35) Wohngebäude und für 64 (78) Bauten für vorwiegend gewerbliche oder sonstige wirtschaftliche Zwecke; ferner für 123 (97) Umbauten. Von den im Berichtsjahre gebrauchsfertig gewordenen 28 (40) Wohngebäuden wurden 22 (28) mit 116 (107) Wohnungen von Privaten und 1 Gebäude (17) mit 6 (17) Wohnungen von gemeinnützigen Baugesellschaften erstellt. 28 (89) Wohn-

gebäude mit 122 (123) Wohnungen sind mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln errichtet worden. Insgesamt wurden beziehbar 134 Familienwohnungen (131). Die das Statistische Reichsamt berechnet hat, sind 1929 in 49 deutschen Großstädten dem Wohnungsbestand, berechnet auf 1000 Einwohner, 6,4 (1928: 5,9) Wohnungen zugewachsen — in Karlsruhe aber 8,4 (7). Unter den 49 Großstädten steht Karlsruhe an sechste Stelle (1928 an 13.).

**Neubau des Finanzamts in Bühl.** Der Bürgerausschuß Bühl stimmte mit großer Mehrheit der Vorlage zu, die dem Zwecke dient, das Finanzamt in Bühl zu erhalten durch Erziehung eines Neubaus. Der Bürgerausschuß hatte bereits im Januar den Bau- und Mietvertrag zwischen Reichsfinanzamt und der Stadt Bühl zur Erstellung dieses Neubaus genehmigt. Danach gewährt das Reich jährlich 9 Proz. Zins aus 231 000 RM, während Bühl ein Darlehen bei der städt. Sparkasse zum Zinsfuß von 7 Proz. aus 260 000 RM auf fünf Jahre übernimmt, dazu die Amortisation von 2,75 Proz., zusammen 9,75 Proz. Die Stadt hat also auf die Dauer von 19 Jahren jährlich einen Betrag von 2585 RM zu zahlen.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**Stb. Sindolsheim (bei Adelsheim), 8. Mai.** In der Nacht auf Mittwoch, kurz vor 12 Uhr, war in den Doppelscheunen der Landwirte Jakob Frey und Friedrich Krüger Feuer ausgebrochen, das bald auf die Scheunen von Frau Gustav Scheu und Gottfried Bauer übergriff. Die sechs Scheunen samt Vorzäun und darin aufbewahrten Maschinen sind vollständig niedergebrannt. Das Vieh konnte gerettet werden. Es wird Brandstiftung vermutet. Der Gebäudeschaden beläuft sich auf etwa 80 000 RM, der Sachschaden auf etwa 15 000 RM.

**Stb. Heidelberg, 7. Mai.** Trotz Schulgeldehöhung von 150 auf 200 RM, hat es in Heidelberg Sextaner geradezu geregnet. Das „Heidelberger Tagblatt“ schreibt hierzu: Die Oberrealschule mit ihrer seit Jahrzehnten anerkannten und amüßig beglaubigten Raumnut, wirkt wie ein Magnet: 180 Sextanerlein haben sich eingefunden, um sich dort mit realer und realgymnasialer Bildung aufpäppeln zu lassen. Es gibt nun fünf Parallelklassen: Sexta a bis Sexta e. Auch das Gymnasium hat guten Zugang bekommen: 84 Sextaner wurden dort gezählt. (In Karlsruhe gibt es im Gymnasium nur drei Parallelklassen.)

**Stb. Freiburg i. Br., 7. Mai.** Die Arbeiten an der Schwanenstaubbahn nähern sich ihrem Ende. Ob allerdings noch vor Pfingsten mit der Inbetriebnahme zu rechnen sein wird, ist fraglich, da die Abnahme durch die Aufsichtsbehörden erhebliche Zeit in Anspruch nehmen wird. Ein bestimmter Termin, wann der Betrieb endgültig eröffnet werden wird, kann daher einstweilen nicht genannt werden. Die Abnahmearbeiten sollen jedoch mit möglicher Beschleunigung durchgeführt werden.

**Gausach, 7. Mai.** Vor wenigen Tagen verstarb hier die Bahnhofsleiterin, die Witwe Mathilde Müller, die aus dem Gasthaus „Zum schwarzen Bären“ in Sinsheim stammte. Im Jahre 1876 übernahm sie mit ihrer Mutter Elisabeth Dörner die Bahnhofsverwaltung in Gausach, die sie bis zu ihrem Tode erfolgreich geleitet hat. Sie war die älteste Bahnhofsleiterin Deutschlands.

**Stb. Bilklingen, 7. Mai.** Der Gesamtschaden bei dem getriggen Großfeuer im Nachbargasthof Rietheim wird auf 100 000 RM beziffert. Er setzt sich zusammen aus 65 000 RM Gebäude- und 35 000 RM Fahrnißschaden. Aber die Brandursache konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

### Sparkasse Lahr

(Öffentliche Verbandssparkasse)

Bilanz per 31. Dezember 1929.

Aktiva.		Passiva.	
RM	RM	RM	RM
Kasse, Schecks und Sorten	31 046,98	Spareinlagen	6 403 520,86
Reichsbankguthaben	35 518,12	Giroeinlagen	4 715 535,84
Postfischguthaben	8 411,95	Kontokorrenteinlagen	339 117,38
Guthaben bei den Girozentralen	415 294,53	Aufw.-Einlagen	3 025 162,47
(darunter 270 000,— RM a. Reichsbank-Lombard-Darlehen)		" Sparkasse Meissenheim	58 931,72
Bankguthaben	14 574,31	Reichsbank-Lombard-Darlehen	270 000,—
Einlage beim Sparfassen- und Giroverband	167 400,—	Reservefonds	371 032,45
Wechsel	529 329,72	Akzept	450 000 RM
Intasso-Wechsel	76 148,—	Abale	47 500 "
Wertpapiere	45 452,50		
(Nennwert: 51 300,— RM)			
Kontokorrent-Kredite	2 140 882,84		
Hypothekendarlehen	3 769 028,87		
Schuldscheindarlehen gegen Bürgschaft	303 197,92		
Schuldscheindarlehen an Gemeinden	382 358,60		
Schuldscheindarlehen gegen Hauptpfand	12 150,—		
Bausparstände	152 406,48		
(darunter 4. Quartal)			
Mobilien	1,—		
Immobilien	2,—		
Aufw.-Hypotheken	2 227 646,50		
" Schuldscheine	3 776,90		
" Wertpapiere	228 261,50		
(darunter nominiert 105 150,— RM Aust.-Rechte)			
" Zinsrückstände	45 844,46		
" Ausgleichsconto	299 455,27		
" Schuldner der ehemaligen Sparkasse Meissenheim	29 505,79		
" Ausgleichsconto der ehemaligen Sparkasse Meissenheim	21 606,50		
Akzept	450 000 RM		
Abale	47 500 "		
	10 939 300,72		10 939 300,72

### Verlust- und Gewinnrechnung auf 31. Dezember 1929.

Soll.		Haben.	
RM	RM	RM	RM
Unkosten und Steuern	154 854,32	Darlehenszinsen	349 247,96
Einlagezinsen	396 725,25	Kontokorrentzinsen	189 785,45
Rebisfont	7 843,85	Banzinsen	7 654,97
Reservefondszuschreibung	75 130,45	Wechseldiskont	88 016,22
Mobilienabschreibung	6 065,05	Provision und Spesen	20 074,51
Immobilienabschreibung	14 160,19		
	654 779,11		654 779,11

### Reservefonds.

5% aus Gesamteinlagen	360 700,—
Rücklage Ende 1928	295 902,—
Zuweisung 1929	75 130,45 auf 371 032,45
Sonderrücklage laut § 31 der Satzung	10 323,45
Lahr, den 4. April 1930.	Q.472
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:	Der Geschäftsleiter:
Fr. Burkhardt.	Dr. Reister, Dir.
	Der Kontrollleur:
	Fr. Reichardt

**Mai 1930**  
Gemälde-Ausstellung  
Karlsruher und auswärtiger Künstler  
**E. Büchle, Inhaber: W. Bertsch**  
Kaiserstraße 132, Gartensaal  
Besichtigung frei

Die polizeiliche Meldestelle betr.  
Wegen Reinigung der Diensträume bleiben die polizeiliche Meldestelle und das Postbüro  
am Samstag, dem 10. Mai 1930,  
geschlossen.  
Karlsruhe, den 2. Mai 1930. Q.461  
Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion. D.3.29

**Freihandverkauf**  
von **Radelschichtholz.**  
Das Bad. Forstamt Gerrenwies in Forbach verkauft freihändig 770 Ster Radelschicht I. M. u. 1100 Ster II. M., sowie 710 Ster Radelschicht. Angebote werden bis spätestens Freitag, den 23. Mai 1930, erbeten. Losverzeichnis u. nähere Auskunft durch das Forstamt. Q.470  
**Ingenieren bringt Gewinn**

### Herstellung einer Beg-

unterführung km 89,975 der Rheintalbahn im Bahnhof Wintersdorf öffentlich an einen Unternehmer zu vergeben: Erdarbeiten: 1900 m<sup>3</sup>, Betonmauerwerk: 400 m<sup>3</sup>, Betonbohle für Tragwerk: 70 m<sup>3</sup>, Auflager- u. Abdeckplatten aus Sandstein: 37 m<sup>3</sup>, Verlegen von Eisenträgern: 37,6 t, Gerstellen der wasserdichten Abdeckung: 250m<sup>2</sup>, Gerstellen von Granitkiespflaster: 180 m<sup>2</sup>. Pläne und Bedingungen können auf dem Geschäftszimmer eingesehen und Vordrucke daselbst erhoben werden. Kein Versand nach auswärts. Angebot ist mit entsprechender Aufschrift bis spätestens 14. 5. 1930, 10 Uhr, verschlossen einzureichen. Zuschlagsfrist 16 Tage. Karlsruhe, 2. 5. 1930. Reichsbahnbauamt, Karlsruhe 2. Q.457



### Badisches Landestheater

Freitag, 9. Mai 1930:  
\*F 23 (Freitagmiete)  
Tg.-Gem. 1—100 und 1501 bis 1550

### Don Carlos

Trauerpiel von Schiller  
Regie: Dr. Baag  
Mitwirkende:  
Bettram, Frauenborfer, Genter, Schreiner, Jank, Kallab, Seiling, Daumbach, Brand, Gemmede, Graf, Herz, Hiel, Höder, Just, O. Kienischer, Moebke, Brüder, v. d. Trend, Luther  
Anfang 19<sup>h</sup>, Ende 22<sup>h</sup>,  
Preise A (0,70—5,00 RM)

Sa., 10. Mai, zum 1. Male:  
**Marius.** So., 11. Mai: **Die Sabin.** Im Konzerthaus: keine Vorstellung. Mo., 12. Mai: **Marius.** In der Festhalle: 10. Einfontkonzert.

### Reichsunfallversicherung

#### Berufsgenossenschaft d. Feinmechanik u. Elektrotechnik

##### Sektion 8

An unsere Mitglieder!  
Wir laden Sie zu der am Montag, dem 26. Mai 1930, mittags 12 Uhr, im Kurhaus in Baden-Baden stattfindenden

#### Sektionsversammlung

ergerben ein. Q.348

#### Tagesordnung:

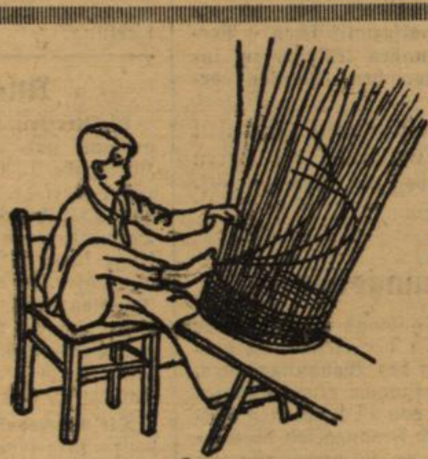
1. Verlesung des Protokolls der letzten Sektionsversammlung.
2. Geschäftsbericht für das Jahr 1929.
3. Prüfung und Abnahme der Rechnung für das Jahr 1929.
4. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses für das Jahr 1930.
5. Voranschlag für das Jahr 1931.
6. Bestimmung des Ortes der nächsten Sektionsversammlung.
7. Verschiedenes.

Karlsruhe, den 5. Mai 1930.

Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik, Sektion 8:

Der Vorstand:  
F. O. Bruun.

Druck G. Braun, Karlsruhe



### Süßere durch die Krüppelfürsorge

nach den gesetzlichen Bestimmungen für das Reich und für Baden. Von Professor Dr. v. Baeyer und Helene Kunk herausgegeben im Einverständnis mit dem Bad. Ministerium des Innern. IV, 40 Seiten mit 31 Zeichnungen. Preis 90 Rp.

Verlag G. Braun, Karlsruhe.

Allen in der Fürsorge und im Wohlfahrtswesen Tätigen unentbehrlich.

### Öffentliche Städtische Sparkasse Zell a. H.

Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Vermögen:		Verbindlichkeiten:	
RM	RM	RM	RM
1. Kassenbestand	13 176,13	1. Spareinlagen	1 594 865,89
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkassamt	174 863,18	2. Aufwertungsreserveinlagen	423 755,71
3. Wechsel	39 341,74	3. Giro- und Kontokorrenteinlagen	93 666,76
4. Darlehen a. Hypotheken	622 029,—	4. Anlehens- und andere Schulden	2 400,—
5. Darlehen in laufender Rechnung an Private	589 329,68	5. Rücklagen:	
6. Darlehen a. Schuldschein	104 518,75	a) gesetzl. Reservefonds	59 899,47
7. Darlehen an Gemeinden	266 182,—	b) Sonderrücklage	6 100,—
8. Aufwertungsreserve	283 281,20	6. Reingewinn vom Jahre 1929	19 067,06
9. Aufwertungsreservekonten	105 130,96		
10. Einnahmerückstände	7 900,26		
11. Grundstücke u. Gebäude	1,—		
12. Gerätschaften	1,—		
	2 199 754,89		2 199 754,89

### Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
8% aus 1 688 532,— RM Einlagen = 135 082,60 RM  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 = 78 966,53 RM  
Somit weniger = 56 116,07 RM

Zell a. H., den 4. April 1930. Q.467

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Schäfer, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter: Rud. Buß.

### Wir werben für Sie!

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu der  
am Freitag, dem 23. Mai 1930, nachmittags 3<sup>h</sup> 1/2 Uhr, in den Geschäftsräumen des Notariats Karlsruhe I, Kaiserstr. 184, stattfindenden

### 31. ordentl. Generalversammlung

eingeladen.

#### Tagesordnung:

1. Berichterstattung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
2. Vorlage der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.
3. Beschlußfassung über Genehmigung der Abschlußrechnung und Erteilung der Entlastung an Vorstand und Aufsichtsrat.
4. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Geschäftsbericht und Bilanz liegen ab heute bei unserer Betriebskassa in Karlsruhe, Ettlinger Straße Nr. 53, zur Einsicht der Aktionäre auf.

Die Aktien sind gemäß § 26 der Satzung spätestens 5 Tage vor der Generalversammlung, den Tag der Hinterlegung und der Generalversammlung nicht mitgerechnet, vor 6 Uhr abends zu hinterlegen bei der Berliner Handelsgesellschaft in Berlin und deren Filialen in Köln a. Rh., Frankfurt a. M., Mannheim und Karlsruhe, der Darmstädter und Nationalbank in Berlin, Sal. Oppenheim jr. & Co. in Köln a. Rh., und W. Schlutow in Stettin.

Die Hinterlegung von Reichsbankdepotscheinen befreit nicht zur Abstimmung.

Karlsruhe, den 7. Mai 1930.

Der Aufsichtsrat:  
gez. Wilhelm Frey, Vorsitzender.